
Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so

Zwischenbetrachtungen im Prozess der Aktivierung

Stephan Lessenich

Es mag als eine *déformation professionnelle* der Soziologie gelten, regelmäßig gesellschaftliche Umbrüche entdecken zu müssen, zu deren Deutungsexpertin sie sich dann selbst wiederum berufen fühlen kann. Insofern ist für Soziolog/innen grundsätzlich weise Zurückhaltung und für alle, nicht dem Fach verschriebenen, anderen jedenfalls durchaus kritische Distanz angebracht gegenüber allfälligen Diagnosen irreversibler sozialer Strukturverschiebungen, abgebrochener gesellschaftlicher Entwicklungspfade oder nunmehr angebrochener Post-was-auch-immer-Zeiten. *The end of the world as we know it*¹ findet nicht jedes Quartal, alle Jahre wieder oder auch nur alle paar Jahrzehnte statt. Wirklich radikaler sozialer Wandel und wahrlich paradigmatische Politikwechsel machen sich vielmehr in der Gesellschaftsgeschichte äußerst rar – der Mensch ist, auch als *animal sociale*, ein Gewohnheitstier.

Und dennoch ist unübersehbar, dass der europäische Sozialstaat seit nunmehr zwei Jahrzehnten dabei ist, sein Gesicht zu verändern. Die Hintergründe und Rahmenbedingungen, Triebkräfte und Einflussfaktoren dieses Wandels sind gewiss vielfältig – von der ökonomischen Globalisierung bis zur Individualisierung der Lebensstile wäre diesbezüglich ein ganzer Kranz an einschlägigen Aspekten und Dimensionen zu nennen. Doch ist für die interessierte – und nicht nur soziologische – Beobachterin schlechterdings nicht zu übersehen, dass es, eingewoben in ein überaus komplexes Verursachungsgeflecht, nicht zuletzt ein genuin *politischer* Einsatz gewesen ist, der die gesellschaftliche Realität neuer sozialstaatlicher Strukturen hervorgebracht hat. Ein politischer Einsatz, der sich – bis heute – der offiziellen Programmformel der „Aktivierung“ bedient.

1 So der Titel eines bekannten Stücks der US-amerikanischen Rockband R.E.M. (1987).

Der explizite Verweis auf eine ganz neue Welt der Wohlfahrt, die politisch herbeizuführen sei, stammt historisch von dem demokratischen US-Präsidenten Bill Clinton, der 1993 in seiner „State of the Union address“ vor beiden Kammern des Kongresses seine feste Absicht „to end welfare as we know it“ kundtat. Das Sitzungsprotokoll² registrierte an dieser Stelle übrigens lauten Beifall der Mitglieder nicht nur beider Häuser, sondern auch beider Kongressparteien, der wiederum nicht geringer war, als Clinton in pathetischem Ton ausrief: „We have to end welfare as a way of life and make it a path to independence and dignity.“ In den Vereinigten Staaten gehörte damals bereits seit mindestens zwei Jahrzehnten die konservative Kritik am sozialen Fürsorgewesen und, mit dem klar „rassisch“ strukturierten Verweis auf die Sozialfigur der *welfare queen*, die Skandalisierung einer durch wohlfahrtsstaatliche Interventionen und Institutionen überhaupt erst ermöglichten und strukturell verfestigten „Kultur der Armut“ zum guten (schlechten) Ton der sozialpolitischen Auseinandersetzung. Anfang der 1990er Jahre machte sich Clinton, zunächst in seinem Präsidentschaftswahlkampf und dann während seiner ersten Amtszeit, diese Position im Kern zu eigen, nicht ohne sie mit dem Verweis auf das autonome Individuum und die Würde der Person, die mit einer grundlegenden *welfare reform* politisch wiederherzustellen seien, zu veredeln. Nicht zufällig hörte das entsprechende, im Jahr 1996 verabschiedete Bundesgesetz dann auch auf den klangvollen Namen „Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act“ (PRWORA): Unter einer Politik des sozialen Ausgleichs wurde nunmehr verstanden, über das Angebot von Arbeitsgelegenheiten und deren Wahrnehmung durch erwerbsfähige Erwerbslose deren persönliche Verantwortlichkeit für die eigene Wohlfahrt zu fördern – und sie durch die individualbiographische Begrenzung der möglichen Bezugszeiten öffentlicher Hilfen auf in keinem Fall mehr als fünf Jahre faktisch auch einzufordern. „Fördern und fordern“: Mit Clinton und PRWORA begann jene Politik der „Aktivierung“, für die im deutschen Kontext die Personen Gerhard Schröder bzw. dessen *alter ego* Peter Hartz sowie das Kürzel ALG II stehen.

„Aktivierung“ zielt der regulativen Idee nach darauf, aus mehr oder weniger marktfernen Sozialstaatsbürger/innen durch sozialpolitische Intervention aktive Marktakteure werden zu lassen. Den funktionalen Kern der Aktivierungsprogrammatik, und zugleich die operative Schnittstelle für die erstaunlich breite politische Koalitionsbildung zugunsten entsprechender sozialpolitischer Interventionen – nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern ebenso auch hierzulande –, bildet dabei ein verändertes Zusammenspiel von öffentlicher und individueller Verantwortung für das Soziale. Die Verantwortung der „öffentlichen Hand“ bezieht sich

2 Der Wortlaut der gesamten Rede findet sich unter: <http://www.presidency.ucsb.edu/sou.php>.

im aktivierenden Sozialstaat auf die Herstellung einerseits von funktionierenden Arbeitsmärkten und beschäftigungsfähigen Arbeitskräften; andererseits und komplementär dazu aber auch auf die Konstitution von Wohlfahrtsmärkten, auf denen kompetente (als erwerbstätig gedachte) Marktsubjekte je individuell ihre wohlfahrtspolitischen Entscheidungen treffen können – im Sinne von Investitionen in die eigene Alterssicherung, Krankenversorgung, Pflegevorsorge, Kinderbetreuung oder Bildungskarriere (oder, so die materiellen Ressourcen es erlauben, in all diese Sozialgüter zugleich).

Dieser funktionale Kern einer „modernisierten“ Rolle des Staates als Befähiger seiner Bürger/innen zu marktdäquatem Verhalten ist mit einer legitimatorischen Hülle umgeben, die zum einen den Markt zum idealen Mechanismus erklärt, über den gesellschaftliche Bedarfe erkannt und gedeckt werden können. In der Idee des Aktivierungsstaats spiegelt sich der Erfolg jenes selbstzweifelnden öffentlichen Selbstverständnisses, dass die Privatwirtschaft eigentlich alles besser könne als die Staatsadministration (einschließlich, wenn man zu allem Überfluss auch noch einen badisch schwäbelnden Finanzminister hat, Hochdeutsch) – eine Einsicht, die durch permanente Diskursberieselung und unter freundlicher Unterstützung von Seiten nicht nur der akademischen Wirtschaftswissenschaft tief in den gesellschaftlichen Wissenshaushalt eingesickert ist. Der zweite zentrale Legitimationsbaustein der Aktivierungspolitik ist die mittlerweile ebenso allgemein akzeptierte Ansicht, dass die Einbindung der Individuen in gesellschaftliche Zusammenhänge am besten über deren Beteiligung am Marktgeschehen gewährleistet werde bzw. genau besehen eigentlich nur über ihre (hier schlägt das Soziologenherz höher) „Inklusion“ in Arbeits- und Konsummärkte zu bewerkstelligen sei (wobei die Möglichkeit zum Konsum selbstverständlich von der Möglichkeit zur Erzielung eines Arbeitseinkommens abhängig ist). Für die große Koalition der Aktivierer gibt es kein richtiges Leben abseits des Marktes – und jenseits der Arbeit.

In engem funktionalen wie legitimatorischen Zusammenhang mit ihrem konstitutiven Marktbezug steht somit die fundamentale Orientierung von Aktivierungspolitiken auf das System gesellschaftlicher Arbeit, genauer auf Erwerbsarbeit als gesellschaftlich „normale“ und politisch normalisierte Form individueller Existenzsicherung und sozialer Integration. Es sind die Sozialstaatsbürger/innen als faktische oder potenzielle Arbeitsmarktakteure, auf die das Aktivierungsregime direkt oder indirekt zielt. Nie waren die europäischen Sozialstaaten erwerbsarbeitszentrierter als in den Zeiten und im Zeichen der Aktivierung, wohl nie war die moderne Gesellschaft stärker Lohnarbeitsgesellschaft als heute. Das durch Soziolog/innen (aber seien wir ehrlich: nur durch die grün-alternativ angehauchten) noch in den 1980er Jahren ausgerufenen „Ende der Arbeitsgesellschaft“ klingt heute wie ein utopischer Bericht aus einer fernen Zukunft oder gar aus einer anderen Galaxie, und absurder

noch als die damalige Analyse, dass Arbeit ihren Nimbus als soziale (und damit soziologische) Schlüsselkategorie verloren habe,³ erscheint uns heute die damals in nicht ganz kleinen Kreisen herrschende positive Bewertung einer Lockerung des gesellschaftlichen Arbeitszwangs und von politischen Schutzmaßnahmen gegen die Kommodifizierung der Arbeit.

Wie auch immer: In diesem doppelten Trend zur Entgrenzung von Märkten einerseits, der Aufwertung von Arbeit andererseits liegt zugleich die soziologische Pointe der aktivierenden Wende sozialpolitischer Intervention: Es ist die der Aktivierungsprogrammatik inhärente Tendenz zur *Subjektivierung*, die für eine Soziologie der Sozialpolitik von besonderem analytischen Interesse ist. Aktivierende Sozialpolitik überantwortet die Aufgabe der Konstitution und Reproduktion des Sozialen, die in den demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften – in historisch wie national wechselnden Mischungsverhältnissen – in öffentliche Verantwortung gelegt worden war, nunmehr den Subjekten, also jedem bzw. jeder einzelnen (früheren) Sozialstaatsbürger/in selbst.

Im aktivierenden Sozialstaat wird jede und jeder Einzelne nicht nur für die Suche nach und für die Realisierung von Lebenschancen auf Arbeits- und Wohlfahrtsmärkten verantwortlich gemacht. Jeder und jede Einzelne wird zudem auch, über eben diese Marktaktivitäten vermittelt, für die Gewährleistung des gesellschaftlichen Wohlergehens, für die Sicherstellung des Gemeinwohls zuständig erklärt. Die selbstverantwortliche Jobsuche, die proaktive Weiterbildung, die selbststeuernde Gesundheitsprophylaxe, die eigentätige Altersvorsorge, die private Organisation informeller Pflegearrangements – auf einen Nenner gebracht: die selbstverständliche Sorge um die eigene Wohlfahrt ist der aktivierungspolitischen Logik zugleich von (volks)wirtschaftlichem Wert und (gesamt)gesellschaftlichem Nutzen.

Die Subjektivierung des Sozialen im Zeichen der Aktivierung kommt insofern einer politischen *Sozialisierung* der Subjekte gleich, oder genauer ihrer sozialpolitischen Resozialisierung: An die Stelle des vermeintlich „passiven“ Leistungsbezugs im „versorgenden“ Sozialstaat – so die herrschende retrospektive Analyse eines sozialpolitischen Systems, in dem angeblich bedingungslose Leistungsansprüche und hemmungsloser Leistungsbezug an der politisch-sozialen Tagesordnung waren – soll nun die aktive Leistungserbringung eigen- und sozialverantwortlicher Aktivsubjekte treten. Institutionelle Angebote und institutionalisierte Erwartungen entsprechender Aktivitäten liegen hier nah beieinander, die diskursive Anrufung der Subjekte als eigenverantwortliche Marktakteure geht nahtlos in deren direkte Verpflichtung zur marktvermittelten Sozialverantwortung über.

3 Vgl. stellvertretend hierfür Offe 1984.

Die hier skizzenhaft beschriebene Transformation des Sozialstaats in aktivierender Absicht habe ich in einem vor nunmehr sieben Jahren erschienenen Buch plakativ als einen Akt – bzw. als ein Arrangement vieler verschiedener, komplementärer und kumulativer, Akte – der „Neuerfindung des Sozialen“ bezeichnet (vgl. Lessenich 2008). Die Einladung zur Eröffnung eines Bundeskongresses Soziale Arbeit zum Leitthema „Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens“ bietet mir die willkommene Gelegenheit, nach einer Zeit der recht regen sozialwissenschaftlichen Rezeption meiner Analyse sowohl auf einige Missverständnisse hinzuweisen wie auch offenkundige Lücken derselben zu benennen – analytische Leerstellen, die angesichts der fortwährenden sozialpolitischen Relevanz der Aktivierungsprogrammatik dringend zu schließen wären. Denn nach wie vor konzentriert sich Sozialpolitik weniger auf die Veränderung problematischer Verhältnisse – seien es nun die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit oder die Bildungsbenachteiligung sozioökonomisch schwacher Haushalte, der sogenannte „Pflegerotstand“ oder die strukturellen Dimensionen der „Flüchtlingskrise“ – als vielmehr auf die Regulierung von als problematisch identifizierten Verhaltensweisen: von Langzeitarbeitslosen und Bildungsarmen, Pflegenden und Gepflegten, Armuts- und „Wirtschaftsflüchtlingen“, Schleppern und Schleusern. *Das Verhalten, es ist nicht so* wie die herrschende Sozialpolitik es will: entweder die Leute sind nicht aktiv genug – oder aber sie sind zu aktiv bzw. auf die falsche Weise.

Doch zurück zur Diagnose von der „Neuerfindung des Sozialen“ und zu der angekündigten Rezeptionsrezeption. Vier Punkte scheinen mir in dieser Hinsicht besonderer Erwähnung wert.

Der *erste* betrifft den Titel des Buches und dessen Deutung. Die analytisch gemeinte Rede von der „Neuerfindung des Sozialen“ hat sich als offen für Fehldeutungen erwiesen. Die eher unverfängliche und rasch abzuhandelnde Variante ist die, dass man in dem Buch ein eigenes Plädoyer für eine Neuerfindung des Sozialen vermuten und wenn nicht die Entwicklung einer Blaupause, so doch wenigstens von Konturen eines alternativen Modus der (womöglich gar nach-kapitalistischen) Vergesellschaftung erwarten könnte. Eine solche Erwartung wurde mehr oder weniger souverän unterlaufen – und meines Erachtens zu recht. Ich bin heute mehr denn je der Meinung, dass die soziale Welt nicht auf einen solchen wissenschaftlichen Gesellschaftsentwurf wartet und seiner auch nicht bedarf, weil sie schon längst dabei ist, sich zu verändern und an vielen Orten die unterschiedlichsten sozialen Gegenentwürfe zu leben, ohne dass es die akademische Sozialtheorie und die diensthabenden Großintellektuellen unbedingt merken oder dies jedenfalls systematisch reflektieren würden. „Wir wissen selber was zu tun ist, unser Kopf ist

groß genug“:⁴ Eine kritische Analyse herrschender gesellschaftlicher Verhältnisse und der Mechanismen ihrer sozialen Reproduktion ist die Sache der Soziologie; die besserwissende Anleitung sozialer Akteure zum normativ höherwertigen Gegenhandeln dagegen – die Praxis einer die vermeintlich passiven Herrschaftsunterworfenen aufrütteln und anstacheln müssenden, gleichsam *aktivierenden* Sozialwissenschaft – ist es meines Erachtens nicht.

Deutlich problematischer und für den Autor ungleich unangenehmer, weil der Absicht des Buches konträr widersprechend, ist ein ganz anderes Missverständnis:⁵ dass nämlich die Diagnose einer „Neuerfindung des Sozialen“ apologetische Züge trage oder aber zumindest unabsichtlich dem neoliberalen Diskurs in die Hände spiele. Wie könne man, so lautet die entsprechende Kritik, dem Neoliberalismus eine soziale Dimension zuschreiben, wo dieser doch schon von seiner Intention her und zumal in seinen historisch erwiesenen Effekten durch und durch anti-sozial sei? Ja – wie kann man nur?

Für die Antwort entscheidend scheint mir hier das jeweilige Verständnis des Begriffs „sozial“ zu sein – dies übrigens eine Streitfrage von grundsätzlicher, die Konzeption des Gegenstands soziologischer Analyse und damit das Selbstverständnis der Disziplin (die bekanntermaßen und vertrackterweise Teil ihres eigenen Gegenstands ist) berührender Bedeutung. Wer den Begriff normativ deutet, auf das „Soziale“ nichts kommen lässt und unter ihm stets nur Gutes versteht – sagen wir der Provokation halber: so wie etwa die Soziale Arbeit –, wird sich mit der Vorstellung, dass es auch eine spezifisch neoliberale Form der Sozialität gibt, sowie mit der Analyse, dass der Neoliberalismus gleichsam mit der Idee des Sozialen *spielt* –, nicht anfreunden können: Aus einer solchen Perspektive betreibt eine Soziologie, die von der neoliberalen „Resozialisierung“ der Subjekte spricht, damit selbst das Geschäft des Neoliberalismus, weil sie dem bösen („neoliberalen“) Geist die gute („soziale“) Tat zuschreibt.

Nun – das genaue Gegenteil war und ist mein wissenschaftliches Anliegen. Der „Neuerfindung des Sozialen“ bzw. der wissenschaftlichen Rede von ihr liegt die Überzeugung zugrunde, dass herkömmliche Formen einer Analyse und Kritik des Neoliberalismus – als eine intellektuelle Programmatik und politische Praxis der „Ökonomisierung“ und darüber vermittelt Zerstörung des Sozialen (der, wie etwa Robert Castel (2005) es formuliert, wissenschaftlich und politisch mit einer „Stärkung des Sozialen“ begegnet werden müsse) – [dass derartige Analysen also] gewissermaßen *halbiert* sind und als solche nicht den Kern des Phänomens (und der

4 Dies eine bekannte Liedzeile aus „Die letzte Schlacht gewinnen wir“ von *Ton Steine Scherben* (1972).

5 Vgl. in diesem Sinne zum Beispiel Dux 2012.

Voraussetzungen seiner möglichen Überwindung) treffen. Denn die *andere* Seite der neoliberalen Ökonomisierung des Sozialen bildet die spiegelbildliche, von mir als „neosozial“ bezeichnete, Tendenz zu einer *Sozialisierung des Ökonomischen*. Der herrschende Neoliberalismus erschöpft sich nicht in einer Unterwerfung des Sozialen unter das Diktat des Marktes, des Wettbewerbs, der Investition und der Rendite. Sicher: All dies ist unbestreitbar Teil der politischen Programmatik und der gesellschaftlichen Realität. Doch der vermeintliche „Neoliberalismus“ operiert gleichzeitig mit der – Achtung, Verstoß gegen die soziologische Deutungskonvention! – sozialen Einbettung dieses ökonomisierenden Drucks in Vorstellungen von über ein ökonomisiertes Verhalten der Subjekte herzustellender Gemeinschaftlichkeit, Kollektivität und Sozialität.

In der Figur des zugleich eigen- und sozialverantwortlichen Subjekts, oder genauer: des sozialverantwortlichen *weil* eigenverantwortlichen Aktivbürgers, konvergieren beide Bewegungen. Wer in Selbstverantwortung einen Job sucht, wird nicht nur – schon Bill Clinton wusste es und ließ es die US-amerikanische Öffentlichkeit wissen – seiner Bestimmung als autonomes Selbst gerecht und lebt damit nicht nur im Einklang mit den herrschenden sozialen Normen, sondern trägt auch seiner Verantwortung für die leistende (bzw. eine im alternativen, Nichtselbstverantwortungs-Fall leisten müssende) Allgemeinheit Rechnung; wer sich proaktiv weiterbildet, sich um die beständige Erneuerung seiner Beschäftigungsfähigkeit und die investive Optimierung ihres Humankapitals bemüht, maximiert auf diese Weise nicht nur die eigenen zukünftigen Erwerbschancen, sondern minimiert zugleich auch das gesellschaftliche Risiko, das Reservoir an nicht „nachgefragten“ und daher auch administrativ „unvermittelbaren“ und sozialstaatlich irgendwie zu „versorgenden“ Niedrig- oder Unterqualifizierten weiter aufzufüllen; wer selbststeuernd gesundheitliche Vorsorge betreibt, verwendet sich damit nicht nur für ein längeres, von körperlichen Beschwerden und medizinischen Versorgungsbedarfen freies Leben und kommt womöglich in den Genuss eines günstigeren Versicherungstarifs, sondern schont eben auch (was der günstigere Tarif ja honoriert) die Kassen der Gesetzlichen Krankenversicherung und beugt damit gleichermaßen Beschwerden einer sich von unvorsichtigen und daher asozialen Subjekten überfordert sehenden Versichertengemeinschaft vor; wer private Altersvorsorge betreibt, erweist sich nicht nur als kluger, weil der absehbaren Absenkung des Rentenversicherungsniveaus und der drohenden Altersarmut vorbeugender Mann (oder vielleicht sogar Frau), sondern schützt die anderen Beitragszahler/innen des öffentlichen Sicherungssystems auch davor, über ihre Beiträge für die ansonsten fällige Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen aufkommen zu müssen; die private Organisation informeller Pflegearrangements – etwa über die Beteiligung von Haushalten an globalen Ketten migrantischer Sorgedienstleistungen – stellt nicht nur die Betreu-

ung Älterer in der gewohnten und liebgewonnenen häuslichen Umgebung sicher, sondern entlastet auch das öffentliche Pflegesystem und erspart der Allgemeinheit bzw. den das Sozialsystem finanzierenden „jüngeren Generationen“ wenigstens einen Bruchteil der Kosten der sogenannten „Pflegelast“ in einer (immer wieder gern gehört und, selbst in sozialwissenschaftlichen Texten, gelesen) „überalterten“ Gesellschaft; und so weiter und so fort.

Mit diesen absichtlich spitzfingrig beschriebenen Beispielen ist auch schon der *zweite* hier zu thematisierende Punkt angesprochen: Man mag die vom Neoliberalismus in Anspruch genommene Sozialität der Aktivgesellschaft bzw. die von ihm angerufene Soziabilität der Aktivsubjekte ohne Weiteres als ideologisch bezeichnen – und liegt damit jedenfalls insofern richtig, als die Sozialität der Aktivgesellschaft und die Soziabilität des Aktivbürgers zentrale Ideen im neoliberalen Motivhaushalt darstellen. Und dennoch wäre es falsch (und auf eine Weise auch gefährlich), die legitimatorische Bedeutung dieser „ideologischen“ Intervention für die praktische Herrschaft des Neoliberalismus zu verkennen. Kurz gesagt: Ohne Sozialagenda kein Neoliberalismus, jedenfalls kein gesellschaftlich akzeptierter. Die neoliberale Marktapologie und marktradikale Eigenverantwortungsrhetorik *alleine* verfangen gesellschaftlich nicht. Sie brechen sich nicht nur an den materiellen Bedingungen individueller Reproduktion, die nun einmal faktisch in vielen Fällen gerade nicht marktförmig und selbstständig sicherzustellen ist. Sie kollidieren auch – einstweilen jedenfalls immer noch – mit den Wertideen der Leute, mit der moralischen Ökonomie der Sozialstaatsgesellschaft.

Wer immer nur zu hören bekommt, er oder sie solle vom Sozialstaat nichts mehr oder jedenfalls nicht mehr allzu viel erwarten und sich tunlichst bzw. gefälligst um sich selbst kümmern, wird davon – bis auf den einen oder anderen überzeugten Anarcholibertären – nicht nur nicht begeistert sein, sondern im Zweifel auch politisch gegen eine solch offene und offensichtliche A-Sozialität der öffentlichen Institutionen aufbegehren. Die tatsächliche gesellschaftliche Akzeptanz des Neoliberalismus beruht nicht darauf, dass er die atomisierte Ellbogenexistenz propagiert und im Zweifel über Leichen zu gehen verspricht. Der real existierende Neoliberalismus lebt – unter anderem – davon, dass er sich als eine neue, der neuen Zeit des globalen und flexiblen Kapitalismus angeblich allein angepasste Form der *Gesellschaftlichkeit* und des *sozial angemessenen* Verhaltens zu erkennen gibt bzw. sich den Menschen als eine ebensolche verständlich zu machen versucht: Sie sollen ihre Selbstökonomisierung und die ökonomische Selbststrationalisierung ihrer Lebensführung immer auch als einen Sozialdienst verstehen, als einen Beitrag im Dienste der Allgemeinheit und zum Wohle aller. Erst das *Neosoziale* am Neoliberalismus, so die in diesem Sinne zentrale These, macht diesen gesellschaftlich funktionsfähig – also zu mehr als nur einer politischen Programmatik oder einem bloß ideologischen Narrativ, sondern

zu einer im doppelten Sinne *sozialen Praxis*: einer an der Herstellung des Sozialen orientierten sozialen Handlungsorientierung des Einzelnen.

Was, so werden an dieser Stelle hartnäckige Kritiker/innen fragen, unterscheidet diese Form des ökonomischen Liberalismus dann von der klassischen Vorstellung Adam Smiths, wonach das millionenfache eigeninteressierte Handeln der Marktindividuen, sich selbst überlassen, gewissermaßen quasi-automatisch, ja wie durch Geisterhand, schon zu einem wohlfahrtsökonomisch rationalen und sozial erstrebenswerten Gesamtergebnis führen werde? Der Unterschied liegt – grob gesagt – darin, dass es unter spätmodern-neoliberalen Bedingungen mit der schönen liberalen Vorstellung vom Quasi-Automatismus und der „spontanen Ordnung“ nicht mehr getan ist, sondern die „unsichtbare Hand“ sich materialisieren und zur sichtbaren Hand mutieren muss – und dies vor allem auch tut. Ganz offensichtlich muss der berühmte Smith'sche Bäcker heute diskursiv daran erinnert und politisch dazu angehalten werden, mit seiner Brötchenproduktion nicht nur für sich selbst und zum eigenen Nutzen zu handeln, sondern – „Du bist Deutschland“ – auch etwas für seine Mitbürger, die Gemeinschaft, den Wirtschaftsstandort oder eine beliebige andere gesellschaftliche Kollektivitätskonstruktion zu tun. Das mag damit zusammenhängen, dass dieser Zusammenhang weder der minijobbeschäftigten, aufbackofenbetätigenden Frischbackfranchisenehmerangestellten noch ihren gestressten und gehetzten, die geschmacksneutrale Industrieware auf dem Weg zum hochproduktiven Exportwirtschafts Arbeitsplatz verzehrenden Kund/innen unbedingt naheliegend und eingängig ist, sondern ihnen – vorsichtig ausgedrückt – ideologisch und institutionell vermittelt werden muss. Die Verhältnisse, sie sind halt nicht so, wie sich neoklassische Modellökonom/innen dies denken – und die neoliberale Realpolitik, gar nicht so dumm wie es oft heißt, weiß das durchaus.

Hier schließen unmittelbar zwei weitere Aspekte an, die mir zum Verständnis der neoliberalen Regierung des Sozialen bzw. des sozialen Erfolgs einer neoliberalen Politik des Verhaltens bedeutsam erscheinen. Es sollte – *dritter Punkt* – nicht das Missverständnis entstehen, dass mit der These von einer „Neuerfindung des Sozialen“ einer einseitig idealistischen Deutung der gegenwärtigen Transformation des europäischen Sozialmodells das Wort geredet würde. Die Herrschaft des Neoliberalismus ist nicht bloß eine Frage des Diskurses, oder anders: von seiner Qualität als hegemonialer Diskurs zu sprechen bedeutet keineswegs, seiner Herrschaft die Materialität abzusprechen. Dass sich eine neoliberale und neosoziale Sozialpolitik hat durchsetzen können, hat benennbare gesellschaftshistorische, sozialstrukturelle und politökonomische Gründe, und die Leute spüren die Auswirkungen dieser neoliberal-neosozialen Politik – wissenschaftliche wie nicht-wissenschaftliche Sozialarbeiter/innen wissen wovon die Rede ist – durchaus ganz material, an Körper und Seele.

Zwei Seiten der „materialen Basis“ sozialpolitischer Transformation seien hier erwähnt. Zum einen ist dies die historische Dimension: Die Bedeutung des Endes von Staatssozialismus und Systemwettbewerb für den Übergang zum aktivierenden Sozialstaat lässt sich kaum hinreichend betonen. Der auf den Zweiten Weltkrieg folgende Kalte Krieg zwischen Kapitalismus und Kommunismus wurde maßgeblich auf dem Feld der Sozialpolitik ausgetragen – der Ausbau des Sozialstaats in Westeuropa und die Dynamik des westlichen Kapitalismus als *welfare capitalism* lassen sich ohne die Systemkonkurrenz des „autoritären Wohlfahrtsstaats“ sowjetischer Prägung ebenso wenig verstehen wie die „neoliberale Revolution“ ohne die historische Gelegenheitsstruktur einer kollabierenden sozialistischen Wohlfahrtswelt. Dass das „Ende der Geschichte“ in den wohlfahrtskapitalistischen Siegergesellschaften den Beginn einer historischen Verschiebung von öffentlicher zu individueller Sozialverantwortung markierte, ist mithin weder Paradoxie noch Zufall. Nach 1989 wurden die gesellschaftspolitischen Karten ganz neu gemischt – und die Spieler am Tisch änderten zum Teil grundlegend ihre Strategie. (Die europäische Sozialdemokratie kann ein Lied davon singen – ein Lied, das im Übrigen nicht *Die Internationale* ist.)

Zum anderen müssen in diesem Zusammenhang selbstverständlich die strukturellen Machtverschiebungen zwischen Arbeit und Kapital benannt werden, die durch den Fall der Berliner Mauer zwar beschleunigt und vertieft wurden, deren Wurzeln aber deutlich weiter reichen und sich mindestens bis in die Mitte der 1970er Jahre zurückverfolgen lassen. Die zu dieser Zeit einsetzenden Störungen des industriekapitalistischen, „fordistischen“ Akkumulationsmodells und die seither immer wieder neu konstatierte und verhandelte „Krise“ des in seinen Umverteilungsaktivitäten strukturell wachstumsabhängigen Sozialstaats waren treibende Kräfte der allgemeinen sozialpolitischen Umorientierung.⁶ „Aktivierung“ lässt sich in diesem Lichte auch als politischer Versuch verstehen, einen neuen ökonomischen Wachstumszyklus zu initiieren – ein neues Wachstumsmodell zu etablieren, das nicht mehr auf der sozialdemokratischen Vorstellungswelt von kollektiven Arbeitnehmerrechten, Sozialkonsum und „politics against markets“⁷ beruht, sondern eben auf dem neoliberal-neosozialen Normativ von Marktbefreiung, individueller Eigenverantwortung und persönlicher Sozialverpflichtung.

Wenn man diese Verschiebung auch durchaus als einen Sieg der Kapitaleite im demokratisch-kapitalistischen Klassenkonflikt deuten kann und muss, so war dieser Triumph doch keineswegs total.⁸ Und eben diese Diagnose gilt auch für den Siegeszug des Aktivierungsparadigmas und die Durchsetzung der Aktivgesellschaft

6 Vgl. hierzu bis heute erhellend Jessop 1986.

7 Dies die Wendung bei Esping-Andersen 1985.

8 Dies aber suggeriert z. B. Streeck 2013.

– ein *vierter* Punkt, der zum Abschluss dieses Vortrags erwähnt sein soll. Denn wie bei der gesamten im Anschluss an Foucaults Gouvernementalitätstheorie argumentierenden Literatur mag auch die Lektüre der „Neuerfindung des Sozialen“ den Eindruck erwecken, als würde die Aktivierungspolitik ein immer dichteres Netz von machtvollen Diskursen und unterwerfenden Institutionen um die auf diese Weise sich konstituierende Gesellschaft und ihre Subjekte spannen⁹ – ein Netz, das die darin verstrickten und verfangenen Subjekte letztlich, als totaler und totalitärer Macht/Wissens-Komplex, jeder Form des Eigen-Sinns beraube und jede Gelegenheit zur eigensinnigen Lebensführung nehme.

Wohlgemerkt: Dem ist durchaus so – und aber auch wieder nicht. Ja, es gibt sie, die machtvollen Diskurse und unterwerfenden Institutionen der Aktivierung. Aber es gibt eben auch deren immanenten Widersprüche und regulativen Lücken, es gibt Kontingenzen und Gegenbewegungen, es gibt die Kluft zwischen öffentlichen Diskursen und politischen Institutionen auf der einen, subjektiven Selbstbeschreibungen und sozialer Praxis auf der anderen Seite. Die Aktivierungsprogrammatisierung wird – wie jede andere politische Programmatisierung auch – nicht ohne weiteres und ohne aktives Zutun ihrer Adressat/innen zu gesellschaftlicher Realität, und dieses aktive Zutun ist keineswegs grundsätzlich und immer schon von vornherein gesichert. Jede soziologische Analyse, die Anderes behauptet oder auch nur suggeriert, leistet der sozialen Herrschaft dieser Programmatisierung Vorschub – und wird sich dafür nicht nur vor sich selbst, sondern auch vor der gesellschaftlichen Gemeinschaft der Beherrschten rechtfertigen müssen.

All dies lässt sich gegenwärtig wie in einem Brennglas am Beispiel der sogenannten „Flüchtlingsproblematik“ beobachten. Vor dem Hintergrund jahrzehntelanger öffentlicher Selbstverleugung als Nicht-Einwanderungsland und struktureller wie akuter politischer Mitverantwortung für die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Menschen derzeit massenhaft zur Flucht aus ihren bisherigen Lebensverhältnissen zwingen, sieht sich Deutschland gegenwärtig der „Herausforderung“ einer Zuwanderung in jahrzehntelang ungekanntem (für andere, weniger privilegierte Weltregionen allerdings alles andere als außergewöhnlichem) Ausmaß gegenüber. Sie alle wissen das mindestens so gut wie ich, was soll ich Ihnen also erzählen. Vielleicht kurz noch dies:

Jüngst ist unser aller geschätzter Bundespräsident Joachim Gauck bei der Eröffnung der Interkulturellen Woche der Kirchen in Mainz vorstellig geworden. Seine eher notdürftig als – entsprechend dem offiziellen Anliegen der Veranstaltung – einwanderungsfreundlich getarnte Rede war durchsetzt mit Versatzstücken jener neoliberal-neosozialen Gesellschaftspolitik, die ich hier auf den Punkt zu bringen

9 Vgl. in dieser Richtung z. B. Bröckling 2007.

versucht habe.¹⁰ „Unser Herz“, sprach der Bundespräsident beim öffentlichkeitswirksamen Auftaktsfestakt, „ist weit. Doch“, so der oberste Repräsentant der Republik, „unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Gemeint sind damit die ökonomischen, aber eben auch die moralökonomischen Möglichkeiten unserer Gesellschaft, Menschen aufzunehmen, die – Zitat – „zu Hunderttausenden zu uns kommen aus einem fernen Land mit einer fremden Kultur, ihre ganze Habe in einer Plastiktüte“. Die meisten Flüchtlinge brächten zwar, so Gauck weiter, „Elan und Ehrgeiz“ mit – das aktivierungspolitisch angemessene Profil also, das sie allerdings im Zweifel gleichwohl nicht davor schützt, von der aktivgesellschaftlichen Selektionsmaschinerie aussortiert und abgewiesen zu werden. Davon abgesehen aber begehren Gauck zufolge eben auch solche Menschen Einlass, die unter Freiheit – bekanntlich des Bundespräsidenten konkurrenzlos höchstgeschätzte Wertidee – „nur Schrankenlosigkeit verstehen [und] in den Traditionen ihrer Herkunftsregionen verharren“. Schrankenlosigkeit und Traditionsverhaftung, Regellosigkeit gepaart mit falscher Regelerorientierung: Das ist ganz offenkundig der *worst case* an Menschenmaterial und Verhaltensdisposition für eine Regierung des Sozialen, die den Regeln des Marktes wie dem Regulativ der Sozialverantwortung zur Geltung verhelfen soll.

Man kann sich über derartige Positionen aufregen und die daraus resultierenden Politiken infrage stellen, ja sich ihnen sogar entgegenstellen, und das ist auch gut so. Man muss aber zugleich, jedenfalls soziologisch beobachtet, noch auf etwas anderes verweisen, nämlich auf das, was in der wissenschaftlichen Literatur (und in der politischen Debatte) die „Autonomie der Migration“ genannt wird.¹¹ Flüchtlinge, Wandernde, Zuwandernde sind keine bloßen Objekte von Grenzregimen und dem jeweils neuesten deutschen „Asylkompromiss“. Sie sind – in, wie für uns alle, eingeschränktem Maße – Herren und Herrinnen ihres Lebens und ihrer Lebensgeschichte, sie sind Autor/innen ihrer Biographie, sie sind auf ihre Weise – eine Weise, die nicht selten nicht nur den „Autoritäten“, sondern auch uns aufgeklärten Gutmenschen nicht passt – aktiv; sie machen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, „was sie wollen“. Die Konfrontation Deutschlands und „der Deutschen“ mit einem kleinen Zipfel des Elends der Welt in Gestalt der gegenwärtigen Fluchtmigration kann insofern vielleicht wirklich als „Chance“ gelten. Und zwar eben nicht im herrschenden Sinne der angesichts einer angeblich „überalternden“ Gesellschaft produktivitätsnotwendigen und profitabilitätsgebotenen Zuwanderung kluger Köpfe und helfender Hände. Sondern im Sinne der Störung unseres auf Kosten Dritter erworbenen und gesicherten „sozialen Friedens“, im Sinne der Infragestellung der Normalität und Legitimität unserer Lebensweisen, im Sinne

10 Der Redetext findet sich unter <http://www.bundespraesident.de>.

11 Vgl. dazu z. B. Karakayali/Tsianos 2005.

der ganz alltäglichen und womöglich auch ganz grundsätzlichen Durchkreuzung unserer individuellen und kollektiven Pläne. Judith Butler (1990) würde vielleicht sagen: im Sinne von *order trouble*.

Das vor fast genau 25 Jahren geäußerte Kanzlerwort, wonach es in Zukunft „niemandem schlechter, aber vielen besser“ gehen werde,¹² ist zu Recht rasch in Verruf geraten. In der politisch und migratorisch aktivierten Gesellschaft wird es vielen irgendwie anders gehen – *wie* anders, ist eine Frage politischen Handelns und sozialer Praxis. „Doch leider hat man bisher nie vernommen/Dass einer auch sein Recht bekam – ach wo!/Wer hätte nicht gern einmal Recht bekommen/Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.“ Nun ja, Bert Brecht¹³ in Ehren: Die Verhältnisse, sie ändern sich, ob wir wollen oder nicht.

Literatur

- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Butler, Judith (1990): *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity*. New York: Routledge.
- Castel, Robert (2005): *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Dux, Günter (2012): Was soziale Gerechtigkeit meint. Ein Nachwort. In: Bohmann, Gerda/Niedenzu, Heinz-Jürgen (Hrsg.): *Markt – Inklusion – Gerechtigkeit. Zum Problem der sozialen Gerechtigkeit in der Marktgesellschaft*, S. 211-221. Wiesbaden: Springer VS.
- Esping-Andersen, Gösta (1985): *Politics Against Markets. The Social Democratic Road to Power*. Princeton: Princeton University Press.
- Jessop, Bob (1986): Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus. In: *Prokla* 65, S. 4-33.
- Karakayali Serhat/Tsianos, Vassilis (2005): Mapping the order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration. In: *Peripherie* 97/98, S. 35-64.
- Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: transcript (3. Aufl. 2013).
- Offe, Claus (1984): Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie? In: Ders.: „*Arbeitsgesellschaft*“. *Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven*, S. 13-43. Frankfurt/New York: Campus.
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.

12 Der Text der berühmten Fernsehansprache Bundeskanzler Kohls vom 1. Juli 1990 findet sich unter <http://www.kas.de>.

13 Das Zitat entstammt bekanntermaßen der *Dreigroschenoper* (1928).

Politik der Verhältnisse - Politik des Verhaltens

Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit

Anhorn, R.; Schimpf, E.; Stehr, J.; Rathgeb, K.; Spindler,
S.; Keim, R. (Hrsg.)

2018, X, 371 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-17953-3